

**Fachtagung „Gemeinsam gegen Extremismus“ des Landespräventionsrates
am 06. Mai 2004 in Frankfurt am Main**

**Impulsvortrag von Ramazan Kuruyüz,
Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH:**

**„Gemeinsam gegen Extremismus durch die Integration der Muslime
und
die Einbürgerung des Islam“**

Im Zuge der Arbeitsmigration kamen neben katholischen und evangelischen Christen aus dem Mittelmeerraum auch Muslime aus den verschiedensten Ländern nach Deutschland. Sie waren geprägt von ihren Heimatkulturen, ihren Traditionen und ihrer Geschichte. Es waren Menschen, die zwar der gleichen Religion angehörten, aber ansonsten wenig Gemeinsamkeiten hatten, sogar keine gemeinsame Sprache.

Die Muslime der ersten Generation kamen mit der festen Absicht nur wenige Jahre hier zu bleiben. Aus diesem Grund sahen sie keine Notwendigkeit, sich in irgendeiner Weise in diese Gesellschaft einzubringen oder gar die Sprache zu erlernen. Und das Anwerbeland Deutschland zeigte ebenfalls wenig Interesse an ihrer Integration. Diese Muslime sind mittlerweile Teil dieses Landes und seiner Gesellschaft geworden, sie betrachten Deutschland als ihre Heimat, ihren Lebensmittelpunkt und werden voraussichtlich auf Dauer hier bleiben.

Die Statistiken der Behörden (Landesämter für Verfassungsschutz und Polizei) belegen anschaulich, dass sich die überwältigende Mehrheit der Migranten aus dem islamischen Kulturkreis in den mehr als 40 Jahren ihrer Anwesenheit gesetzentreu und vor allem strikt verfassungstreu verhalten hat. Auch wenn die Integration durch Spracherwerb seitens der Migranten nicht zufrieden stellend erfolgte, trifft dies in Bezug auf die Loyalität zur neuen Heimat, dem deutschen Staat nicht zu. Dieser positive Integrationsansatz findet sich bei allen Migrantengruppen, bei den religiös orientierten, bei den religiös indifferenten und auch bei den anti-religiösen Migranten. Man kann also durchaus feststellen, dass es eine prinzipielle Bereitschaft aller Migranten gibt, dem Aufnahmestaat, seiner Verfassung und seinen Organen den ihnen zustehenden Respekt zu zollen und sich seinen Gesetzen unterzuordnen. Weiterhin kann man feststellen, dass die Religion der Migranten aus dem islamischen Kulturkreis - der Islam - offensichtlich zu keiner Zeit Hindernis war und ist, den Aufnahmestaat und sein säkulares System zu akzeptieren, sich dessen Werte anzueignen und diese bewusst und freiwillig umzusetzen.

Die meisten deutschen politischen Parteien und Fraktionen, die seit Jahrzehnten die Integration der Muslime als ihr Grundsatzprogramm propagieren, stellen entweder nicht klar dar, was sie unter dem Begriff „Integration“ verstehen, oder sie widersprechen in deren Umsetzung ihren eigenen propagierten Integrationskonzepten. Der Begriff „Integration“ wird oft falsch definiert. Die Integration darf nicht heißen, wie oft behauptet, dass die Minderheit sich der Kultur und der Lebensart der Mehrheit anpassen und sich angleichen soll. Dabei ist es anzumerken, dass die Mehrheitsgesellschaft in ihrer Kultur und ihren Lebensarten auch nicht einheitlich ist. Die Anpassung bzw. die Angleichung ist die Aufgabe der eigenen Identität und der eigenen kulturellen und religiösen Werte. Dies bedeutet nicht die Integration, sondern die Assimilation. Die wahre Integration bedeutet, dass das Individuum und die Minderheit sich in eine friedliche gesellschaftliche Einheit mit der Mehrheitsgesellschaft eingliedern, indem sie ihre eigene Identität und ihre eigenen Werte bewahren können. Diese gesellschaftliche Einheit soll auf gegenseitiger Achtung, gegenseitiger Anerkennung der beiderseitigen Werte und gegenseitiger Bereicherung beruhen. Dabei darf die eine Seite nicht das Recht haben, der anderen Seite ihre eigenen Werte vorzuschreiben und aufzuzwingen. Und der Staat soll sich in seinem Verhältnis zu allen Seiten neutral verhalten.

Die Integration bedeutet auch, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mitzuwirken und mitzugestalten. Aus den bekannten und gerade genannten Gründen haben die meisten Muslime der ersten Generation mit ihrem Körper hier, mit ihrem Geist in ihren jeweiligen Herkunftsländern gelebt. Sie haben sich mehr um die Probleme in den jeweiligen Herkunftsländern gekümmert als um die Probleme in diesem Land, wo sie und ihre Kinder von den Problemen grundsätzlich betroffen sind. In den letzten zehn Jahren ist aber ein positives Umdenken besonders bei den jungen Muslimen und bei vielen islamischen Organisationen zu beobachten. Die IRH leistet dazu einen großen Beitrag.

Die politischen Parteien und die deutsche Mehrheitsgesellschaft fordern die Muslime ständig auf, besonders zwei wichtige Voraussetzungen für die Integration zu erfüllen: Das Erlernen der deutschen Sprache und das Bekenntnis zur demokratischen Rechtsordnung und zum Grundgesetz. Diese beiden Erwartungen sind für uns eine Selbstverständlichkeit und werden von unserer Seite voll unterstützt. Unsere gemeinsame Sprache in unserem Land ist die deutsche Sprache; nicht nur zwischen den Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch selbst unter den Muslimen aus verschiedenen Herkunftsländern. Denn Deutschland bzw. Hessen ist unsere neue Heimat und die deutsche Sprache unsere neue gemeinsame Heimatsprache. Für unsere Kinder ist Deutschland bzw. Hessen ihre eigene Heimat und die deutsche Sprache ihre erste Sprache. Die wichtigste Voraussetzung für ihren Erfolg in Bildung und im Beruf ist das rechtzeitige Erlernen der deutschen Sprache schon im frühen Alter. Die meisten muslimischen Eltern bemühen sich –trotz noch vorhandener Defizite und fehlender Rahmenbedingungen in diesem Bereich- um einen guten Start ihrer Kinder ins Schulleben. Sie fördern ihre Kinder, ob Mädchen oder Junge, bei einer guten Schulbildung und Berufsausbildung mit ihren vorhandenen Möglichkeiten grundsätzlich bestens. Ein gutes Zeichen dafür ist die ständig wachsende Zahl muslimischer Studentinnen und Studenten an den deutschen Hochschulen, wenn es auch noch nicht zufriedenstellend ist. Die muslimischen Eltern und ihre Kinder werden sich der Bedeutung und der Wichtigkeit einer guten Erziehung und einer erfolgreichen Schul- und Berufsausbildung immer mehr bewusst.

Die beste Antwort auf die Aufforderung der politischen Parteien und der Mehrheitsgesellschaft bezüglich des Bekenntnisses der Muslime zur deutschen Rechtsordnung -zum Grundgesetz und zur Verfassung- ist ihr mehr als vierzigjähriges friedliches Zusammenleben in diesem Land. Der entscheidende Beitrag der islamischen Religionsgemeinschaften und Organisationen zum sozialen Frieden darf nicht ignoriert werden. Sie bekennen sich klar und eindeutig zur deutschen Rechtsordnung und zum Grundgesetz und halten dies auch ein. Die Gesetzeswidrigkeiten im individuellen Sinne gelten für alle Personen der Gesellschaft und sollen durch rechtsstaatliche Mittel behandelt werden.

Seit dem „11. September 2001“ erleben wir weltweit eine vielseitige Veränderung in den internationalen, interreligiösen und interkulturellen Beziehungen. Es bedrückt uns Muslime, dass unsere Religion, der Islam, der selbst „Frieden“ heißt, besonders seit dem „11. September“ von manchen Kreisen absichtlich mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht wird. Es beunruhigt uns auch, dass wir Muslime und unsere Religion zunehmender Weise von manchen verantwortungslosen Kreisen beschimpft, beleidigt, verachtet, verdächtigt, verurteilt und bedroht werden. Trotz Verurteilung und Distanzierung der gesamten islamischen Welt und der islamischen Organisationen in Hessen und in Deutschland von diesem und ähnlichen entsetzlichen Terroranschlägen und ihrer Solidarität mit den Opfern und ihren Familienangehörigen spricht man vom ersten Augenblick an nur vom „islamischen Terror“. Die IRH hat alle Terroranschläge umgehend und ohne zu zögern in aller Deutlichkeit verurteilt. Der

Terrorismus ist mit den Grundsätzen des Islam nicht vereinbar. Für uns gilt der islamische Grundsatz: „Das Leben eines einzigen unschuldigen Menschen ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit.“ Kein Grund und kein Zweck dürfen das Töten unschuldiger Menschen rechtfertigen. Wenn der Islam sogar während eines Krieges den Muslimen streng verbietet, insbesondere den am Krieg nicht teilnehmenden Zivilisten, den Frauen, den Kindern, den Gebetshäusern, den Synagogen und den Kirchen, den Tieren und den Bäumen zu schaden, so kann ich hier mit aller Klarheit noch einmal betonen, dass die entsetzlichen Terroranschläge mit dem Islam nicht vereinbar sind.

Wir alle können mehrmals den Terrorismus verurteilen, aber es ist schon die Zeit, dass wir uns nun über die Ursachen und die Folgen des Extremismus, des Terrorismus und die richtigen Methoden zu deren Bekämpfung gründlich und ernsthaft Gedanken machen. Ohne die Ursachen zu beseitigen, kann man den Extremismus und den Terrorismus nicht erfolgreich bekämpfen. Das heißt nicht, dass der Terrorismus und das Töten von Menschen durch irgendwelche Gründe auch immer zu legitimieren und zu rechtfertigen sind.

Eine gerechtere Welt ist auch eine sichere Welt. Gleichberechtigt und gerecht behandelte Menschen neigen kaum zur Unterstützung von Extremismus und Terrorismus. Deshalb muss man einerseits den terroristischen Gewalttätern, unabhängig von ihren religiösen und nationalen Zugehörigkeiten und von ihren Beweggründen, entschlossen entgegentreten, andererseits muss man langfristige Anstrengungen verstärken, die zu einer gerechteren Weltordnung und zum Frieden der Völker beitragen.

Selbstverständlich belasten uns alle die Konflikte in der Welt und insbesondere in der islamischen Welt. Dem Frieden in der Welt können wir von hier aus nur wenig, aber dem Frieden hier in Hessen und in Deutschland gemeinsam sehr viel, konkret und wirksam beitragen. Der Frieden in der Welt beginnt erst zu Hause. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, uns dafür einzusetzen, dass alle Menschen in Hessen und in Deutschland in Frieden, in Freiheit, in Sicherheit und in Gerechtigkeit leben.

Wir Muslime sollen weiterhin und verstärkt dafür sorgen, dass der Islam von keiner Person oder keiner Gruppe zu ihren terroristischen Zielen missbraucht wird. Wir Muslime sollen uns weiterhin und verstärkt dafür einsetzen, dass das Vertrauen unserer Nachbarn und Mitbürger uns Muslimen gegenüber bewahrt und verstärkt wird. Muhammed (Friede sei mit ihm) sagte: „ Derjenige, von dem sich sein Nachbar seines Lebens, seines Eigentums und seiner Ehre bzw. seiner Würde nicht sicher fühlt, ist kein Mumin (= kein Gläubiger).“

Dass es leider Schläfer gibt, hat sich herausgestellt. Aber der allgemeine Verdacht ist gefährlich und antiintegrativ und würde die Muslime zu einer potenziellen Gefahr stigmatisieren.

Zu den bereits diskriminierten muslimischen Frauen mit Kopftuch am Arbeitsmarkt und besonders durch neue Gesetzentwürfe im öffentlichen Dienst kommen noch Männer, die in sensiblen Berufen nicht mehr in Frage kommen.

Einbürgerungsanträge der Muslime werden seit dem „11. September“ strenger als andere Antragssteller behandelt. Alle muslimischen Antragsteller werden nun zusätzlich durch Verfassungsschutzbehörden schärfer als die sonstigen überprüft. Die Einbürgerungsbehörden ziehen die Einbürgerungszusicherungen der Antragsteller nachträglich zurück, obwohl sie sogar aus ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit ausgetreten sind und somit vom deutschen Staat in der rechtlichen Lücke gelassen werden. Sogar die muslimischen Antragsteller, die sich integrativ und kooperativ für das friedliche Zusammenleben in unserem Land einsetzen, werden hingehalten. Ist sich der Staat etwa bewusst, welchen Eindruck er hinterläßt?

Zum Beispiel in Mittelhessen habe ich in meiner Funktion als muslimischer Vorsitzender der Christlich-Islamischen Gesellschaft in Gießen gemeinsam mit der Einbürgerungsbehörde im Regierungspräsidium in der „Interreligiösen Woche 2000“ für die Einbürgerung der Muslime geworben. So haben wir über Gießen hinaus sehr viele Muslime motiviert, sich einzubürgern. Die Einbürgerung ist ein wichtiger Schritt für die Integration. Jetzt fragen mich viele Muslime, die seit Jahren hier friedlich leben und den Dialog aufrichtig fördern, wieso ihre Anträge abgelehnt werden. Wie kann man das ihnen nachvollziehbar erklären? Ich habe keine überzeugende Erklärung. Wenn Muslime sich einbürgern lassen wollen und die islamischen Organisationen dies fördern, dann heißt es, dass sie den Staat unterwandern wollen, deshalb werden ihre Anträge mit Misstrauen behandelt. Wenn sie sich nicht einbürgern lassen, dann heißt dies, dass sie nicht willig und nicht bereit sind, sich zu integrieren.

Der Umgang der Landesämter für Verfassungsschutz mit den islamischen Organisationen ist für die Integration der Muslime nicht förderlich und erweckt bei vielen Muslimen das Gefühl, dass sie trotz ihres Einsatzes für den sozialen Frieden und ihrer Bemühungen um die Integration nicht anerkannt werden. Die Verfassungsschutzbehörden dürfen den Ruf der integrationsfördernden, friedentiftenden, dialogbereiten, toleranten und transparenten islamischen Organisationen durch falsche und einseitige Recherchen nicht weiter schädigen.

Das Gefühl der Sicherheit soll auch für muslimische Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden. Die schrecklichen terroristischen Anschläge auf unschuldige und wehrlose Menschen in Mölln und Solingen von Seiten der Rechtsradikalen und zunehmende Drohungen an muslimische Einrichtungen dürfen nicht ignoriert werden.

Wir erwarten von den Politikern, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kreisen und den Vertretern der organisierten Muslime Konzepte zu entwickeln, welche die Sicherheit in Freiheit und den Frieden in Gerechtigkeit ermöglichen. Denn letzten Endes geht es um das Wohl unseres Landes und von uns allen!!! So wie es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt, gibt es auch keine Sicherheit ohne Freiheit und keinen Frieden ohne Gerechtigkeit.

Die Politik soll konkrete Zeichen auf Integration der Muslime setzen, um die Muslime für den sozialen Frieden in unserem Land weiterhin, aber verstärkt zu gewinnen. Integration bedeutet auch Partizipation. Die Muslime und ihre Organisationen sollen nun endlich als Mitgestalter und Mitwirkender in die Integrationskonzepte miteinbezogen werden. Wer integrieren will, muss die Muslime und ihre Organisationen als gleichwertige und gleichberechtigte Kooperationspartner endlich anerkennen. Ein Umdenken muss nun stattfinden. Die Anerkennung ihrer religiösen Rechte, ihre Gleichbehandlung bzw. ihre Gleichberechtigung und die Akzeptanz ihres Andersseins sollen endlich konkret geschehen. Wir Muslime wünschen uns keine Sonderbehandlung, sondern nur die Umsetzung der in der Verfassung verankerten Gleichbehandlung. Die Einhaltung des Grundgesetzes, der Verfassung und der Gesetze gilt nicht nur für die Muslime, sondern auch für die Verantwortlichen in der Politik und in der Administration. Das Vertrauen der Muslime gegenüber dem Staat soll durch richtige und konkrete Schritte aufgebaut und gewonnen werden. Wir sind weiterhin bereit, mit unseren integrativen Konzepten unseren Beitrag zur Verbesserung des sozialen Friedens, zur Integration und zur inneren Sicherheit in unserem Land zu leisten. Wir erwarten und hoffen, dass unser aufrichtiges Angebot auch von der Politik wahrgenommen wird. Denn es ist die Stunde der Vernunft, des Dialogs und der Kooperation. Die wahre Integration der Muslime und die Einbürgerung des Islam sind die richtigen Rezepte gegen den Extremismus.

Ramazan Kuruyüz
IRH-Vorsitzender